

Veranstaltungsbericht

Podiumsdiskussion

Was wusste der Westen? Umgang mit DDR-Unrecht in der Bundesrepublik vor 1989

12. August 2013 | 18 Uhr | Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstraße 5, 10117 Berlin

Am 12. August 2013, dem Vorabend des 52. Jahrestages des Mauerbaus, griff die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in einer Veranstaltung die Frage auf, was in der westdeutschen Gesellschaft, den dortigen Medien und der Politik über DDR-Unrecht bekannt war und welches Bild von der DDR dort vorherrschte. Im Mittelpunkt stand die Arbeit der „Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen für DDR-Unrecht“ in Salzgitter (ZEST), welche seit November 1961 bekannt gewordene Fälle von DDR-Unrecht systematisch dokumentierte und Ermittlungen einleitete, um die Täter gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt zur Verantwortung ziehen zu können. Der stellvertretende Geschäftsführer der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Robert Grünbaum, erinnerte in seiner Begrüßung daran, dass die Arbeit der ZEST vom SED-Regime immer wieder angegriffen und propagandistisch diffamiert worden war. Die ostdeutschen Machthaber hätten darin eine „grobe Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR“ gesehen, noch im Januar 1989 hatte das Neue Deutschland über die „Greuelmeldungen von Salzgitter“ berichtet. Für die Bevölkerung der DDR sei die Erfassungsstelle jedoch ein „Hoffnungsschimmer“ gewesen, ein Zeichen dafür, dass die Bundesrepublik das SED-Regime beobachtete und die Schicksale der Verfolgten nicht vergessen seien.

Nach der Begrüßung wurde der Dokumentarfilm „Das Archiv des Unrechts – Die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter“ von Sebastian Eschenbach gezeigt, der im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport in Kooperation mit der Bundesstiftung Aufarbeitung entstanden ist. Der Film führte in die Geschichte und die Arbeit der ZEST ein. Auf Initiative Willy Brandts, damals regierender Bürgermeister von West-Berlin, wurde die Erfassungsstelle im November 1961 von den westdeutschen Bundesländern gegründet. Damit sollte nicht zuletzt ein Zeichen gesetzt werden, dass die Menschen in der DDR, insbesondere die Opfer der innerdeutschen Grenze, im Bewusstsein der Westdeutschen blieben. Von den DDR-Machhabern wurde die ZEST jedoch als „permanente juristische Aggression“ gegen ihren Staat wahrgenommen. Erich Honecker formulierte etwa 1980 in seinen „Geraer Forderungen“, dass die Behörde aufzulösen sei. Auch in der Bundesrepublik war die Erfassungsstelle umstritten, Ende der 1980er-Jahre stellten einige SPD-regierte Bundesländer die Finanzierung ein.

Anhand dreier Einzelschicksale wurden die Schwerpunkte der Ermittlungen der ZEST eindrücklich dargestellt: die Ermittlungen gegen Verbrechen an der innerdeutschen Grenze am Beispiel von Helmut Kleinert, gegen

Unrechtsurteile aus politischen Gründen im Fall Marietta Jablonski und gegen Misshandlungen in der Haft wie im Fall von Mario Röllig. Als wichtige Grundlage dienten hierzu Berichte von Flüchtlingen und Freigekauften, die systematisch befragt wurden. Bis 1990 wurden so rund 42.000 Akten zusammengetragen, die Menschenrechtsverletzungen in der DDR nicht nur dokumentierten, sondern später als Beweismaterialien bei der juristischen Aufarbeitung dienten. Nach Dr. Hans-Jürgen Grasmann, von 1988 bis 1994 stellvertretender Leiter der ZEST, habe die Erfassungsstelle ein dichtes Bild vom Strafvollzug in der DDR, von den Haftbedingungen und dem Umgang mit den Inhaftierten gehabt.

Im anschließenden Podiumsgespräch wurde nicht nur die Frage diskutiert, was die westdeutsche Gesellschaft, die Medien und die Politik über Unrecht in der DDR wusste, sondern auch wie groß das Interesse an den Verhältnissen und Geschehnissen in der DDR war.

Dr. Hans-Jürgen Grasmann berichtete, dass er sich immer für die DDR und die dortigen Verhältnisse interessiert habe. Die Tätigkeit als stellvertretender Leiter der ZEST sei dennoch für ihn persönlich eine große Herausforderung gewesen, sie sei von einigen Zeitgenossen als „exotisch“ wahrgenommen worden. Mit wachsender geografischer Entfernung von der innerdeutschen Grenze hätten das Interesse und das Wissen um Unrecht in der DDR abgenommen. Auch in den Medien habe es in den Anfangsjahren fast kein Interesse für die Arbeit der Erfassungsstelle gegeben. Dies habe sich jedoch Ende der 1980er-Jahre geändert, als die ZEST Akten personalisiert habe. Betroffene konnten zustimmen, dass ihre Akten für Journalisten und Forscher zugänglich gemacht wurden. Diese Einzelschicksale dramatischen hätten schließlich Aufmerksamkeit gefunden.

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, schilderte seine Erfahrungen der 1980er-Jahre aus der Warte des Journalisten und DDR-Bürgerrechtlers in Westdeutschland. In West-Berlin und der Bundesrepublik habe es eine offene Diskussion über das Verhältnis zur und den Umgang mit der DDR gegeben. Er sei jedoch auch auf Ignoranz und Ablehnung gestoßen, wenn er von seinen konkreten Erlebnissen – vor allem Inhaftierung und Zwangsausbürgerung – erzählt habe. Die ZEST sei für seine journalistische Tätigkeit vor 1989 weniger von Bedeutung gewesen, da er in West-Berlin direkt auf die Berichte von ausgereisten DDR-Bürgern habe zurückgreifen können. Anfang der 1990er-Jahre habe er jedoch Kontakt zur Erfassungsstelle gesucht, um sich gemeinsam mit der Behörde sowie weiteren Medienvertretern und Politikern gegen die Verjährung von DDR-Unrecht einzusetzen.

Als Zeitzeuge bereicherte Thomas Raufeisen die Perspektive der Diskussion mit seinen persönlichen Erfahrungen. Sein Vater war als Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit in Westdeutschland stationiert. Als seine Enttarnung drohte, ging die Familie 1979 in die DDR zurück, wo sie sich jedoch mit den Verhältnissen nicht arrangieren konnte. Die Fluchtpläne der Familie wurden vom MfS vereitelt, Thomas Raufeisen wurde 1981 verhaftet. Er verbüßte eine dreijährige Haftstrafe im Zuchthaus Bautzen II und konnte danach in die Bundesrepublik ausrei-

sen. Die Behandlung und Befragung im Notaufnahmelager Gießen sei für ihn merkwürdig gewesen, habe ihn an die Verhöre der Staatssicherheit erinnert. Obwohl er in „seine Gesellschaft“ zurückgekehrt sei, immerhin war er in der Bundesrepublik aufgewachsen und erst mit 17 Jahren in die DDR gekommen, habe er neu anfangen müssen. Viele Freunde und Bekannte hätten sich nicht für seine Erlebnisse interessiert, zudem habe er niemanden mit seinem Schicksal belasten wollen. Vor allem in studentischen Kreisen habe es ein eher positives Bild von der DDR gegeben, das nicht zu seiner eigenen Geschichte gepasst habe.

Einen weiteren wichtigen Aspekt brachte der Historiker Dr. Jens Hüttmann, Autor der ersten Geschichte der bundesdeutschen DDR-Forschung seit 1949 („DDR-Geschichte und ihre Forscher“, Berlin 2008), in das Gespräch ein. Er thematisierte die Rolle der westdeutschen DDR-Forscher vor 1989. Charakteristisch für die Soziologen, Politologen, Juristen, Ökonomen und Germanisten, die sich mit der DDR beschäftigten, sei ihre biographische Betroffenheit gewesen. Viele hätten in den 1940er- und 1950-Jahren der SED nahegestanden, sich dann allmählich von ihr distanziert und dabei oft selbst Unrecht erfahren, wie etwa Carola Stern oder Hermann Weber. Zudem seien die so genannten „DDRologen“ ständig damit konfrontiert worden, sich professionalisieren zu müssen. Sie seien vor allem an den Universitäten auf viele Vorurteile gestoßen. Während die 1950er-Jahre in der westdeutschen DDR-Forschung noch sehr normativ geprägt gewesen seien und oft bei der Feststellung endete, dass die DDR eine Diktatur sei, seien in den späteren Jahren Werturteile zunehmend zurückgetreten, auch der Begriff „Diktatur“ sei unwichtiger geworden.

Zum Schluss des Gesprächs bat der Moderator, Sven Felix Kellerhoff, die Podiumsgäste um ein kurzes Statement im Hinblick auf die Eingangsfrage: Was wusste man in der Bundesrepublik über das Unrecht in der DDR bzw. was wollte man wissen? Alle Teilnehmer unterstrichen, dass zwar Informationen vorhanden waren, jedoch nicht immer ein Interesse. Roland Jahn berichtete davon, dass er sich innerhalb der Medienvertreter Partner gesucht habe, die ihm halfen, Informationen zu verbreiten. Hans-Jürgen Grasemann sagte, er habe sich immer ein eigenes Bild von der DDR gemacht, unter anderem durch Reisen in den anderen deutschen Staat. Zudem hätten die Bundeszentrale und einige Landeszentralen für politische Bildung ein reichhaltiges Angebot zu DDR-Themen bereitgehalten. Leider habe es in der Bundesrepublik aber auch Gruppen gegeben, die gegen eine „Schwarzmalerei“ der DDR und des dortigen Unrechts polemisiert hätten. Dies beklagte auch Thomas Raufeisen. Viele hätten sich für die Menschen in der DDR und ihre Schicksale gar nicht interessiert, sondern diese nur für die eigenen politischen Zwecke instrumentalisiert. Dr. Jens Hüttmann wies auf die jahrelange Abwehr gegen die wissenschaftliche Beschäftigung mit der DDR im akademischen Milieu hin.

Abschließend wurde das Publikum in die Diskussion einbezogen, wobei noch einmal die Arbeit der ZEST in den Mittelpunkt rückte. Unter anderem wurde danach gefragt, ob westdeutsche Politiker durch Gespräche mit Oppositionellen in der DDR auf Unrecht hingewiesen worden seien und dies an die Erfassungsstelle weitergegeben hätten. Dr. Hans-Jürgen Grasemann verneinte dies, denn die ostdeutschen Gesprächspartner hätten

geschützt werden müssen. Des Weiteren wurde die juristische Seite der Tätigkeit der Erfassungsstelle thematisiert. Der ehemalige stellvertretende Leiter Grasemann legte dar, dass sie keine Anklagebehörde gewesen sei. Dennoch sei sie dazu verpflichtet gewesen, ihre Erkenntnisse und somit Hinweise auf in der DDR begangenes Unrecht an die zuständigen Staatsanwaltschaften weiterzuleiten.

Andrea Bahr